

Wirtschaftswachstum | 07.01.2016 | Lesezeit 2 Min.

## Zweifelhafte Stärkungsmittel

*Um einer anhaltenden Nachfrage- und Wachstumsschwäche im Euroraum entgegenzuwirken, fordern international renommierte Ökonomen unter anderem mehr Inflation und höhere Staatsausgaben. Dies könnte jedoch gravierende Folgen haben – auch für Deutschland.*

---

Wirtschaftsfachleute debattieren seit einiger Zeit über eine Bedrohung, die sie „säkulare Stagnation“ nennen – eine dauerhafte Wachstums- und Nachfrageschwäche in den Industrieländern. In Deutschland mutet das derzeit eher seltsam an, schließlich läuft die Wirtschaft hier relativ rund (vgl. iwd 48/2015).

Im Euroraum insgesamt sind die Wachstumsspielräume allerdings in den vergangenen Jahrzehnten deutlich geschrumpft (Grafik):

---

Bei normaler Auslastung der Produktionskapazitäten wäre die Wirtschaft in zwölf Euroländern im Zeitraum von 1965 bis 1975 um mehr als 4 Prozent pro Jahr gewachsen – seit 2009 liegt diese Potenzialwachstumsrate aber deutlich unter 1 Prozent.

---

## Europas Wachstumspotenzial schrumpft



Fünffjahreszeiträume bis 1990: jeweils Jahresdurchschnitte; zwölf Euroländer: jene Länder, die den Euro zuerst eingeführt haben – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien; Ursprungsdaten: EU-Kommission

**iw** Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2016 IW Medien · iwd 1

Die Optimisten unter den Wirtschaftsforschern gehen zwar davon aus, dass moderne Informations- und Kommunikationstechnologien – Stichwort: Industrie 4.0 – sowie Bio- oder Nanotechnologien neue Wachstumsimpulse setzen könnten. Pessimisten halten dem allerdings entgegen, dass solche Innovationen den ohnehin technologisch fortgeschrittenen Industrieländern keine allzu großen zusätzlichen Erträge bringen würden. Zudem würde gerade in Europa die künftig schrumpfende Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Wachstumsspielräume verkleinern.

Einflussreiche internationale Ökonomen sind vor allem wegen der anhaltenden Nachfrageschwäche in Teilen des Euroraums besorgt. Sie glauben, dass sehr niedrige, notfalls auch negative Zinsen die Nachfrage ankurbeln würden. Weil die Europäische Zentralbank (EZB) die nominalen Zinsen kaum noch senken könne, solle sie das Inflationsziel von knapp 2 auf mehr als 4 Prozent erhöhen. Das würde den Realzins verringern, der sich aus Nominalzins minus Inflationsrate ergibt und der das Ausgabeverhalten von Verbrauchern und Unternehmen prägt.

Außerdem solle der Staat die Nachfrage durch zusätzliche öffentliche Investitionen ankurbeln. Dazu fordern die Ökonomen, EU-weite finanzpolitische Regeln wie zum Beispiel den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufzuweichen.

Eine solche Strategie ist jedoch aus mehreren Gründen problematisch. Die EZB würde ihre Glaubwürdigkeit als Hüterin der Geldstabilität riskieren. Zudem ist in der Vergangenheit eine politisch gewollte höhere Inflation oft ausgeüfert.

Die finanzpolitischen Vorgaben in der EU wieder zu lockern, wäre ebenfalls kontraproduktiv, denn das könnte das Vertrauen der Finanzmärkte in die Haushaltspolitik der Euroländer erneut schwächen. Zudem haben viele Staaten aufgrund ihrer Schuldenberge keinen Spielraum für höhere Ausgaben.

All das sehen die meisten Ökonomen in Deutschland ähnlich – doch bei internationalen Institutionen kommen die Forderungen nach mehr Inflation und höheren Staatsausgaben zum Teil erstaunlich gut an. So will etwa die EU-Kommission die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts künftig flexibler interpretieren. Folgen diesen Worten konkrete Taten und flammt daraufhin die Finanzkrise wieder auf, würden die Folgen auch Deutschland treffen.

### **Kernaussagen in Kürze:**

- Die Potenzialwachstumsrate in zwölf Euroländern ist von mehr als 4 Prozent pro Jahr im Zeitraum 1965 bis 1975 auf zuletzt deutlich unter 1 Prozent gesunken.
- Einflussreiche Ökonomen fordern daher, dass die Geldpolitik und der Staat die Nachfrage stärker ankurbeln sollten.
- Eine solche Strategie würde jedoch der Glaubwürdigkeit der EZB schaden und das Vertrauen der Finanzmärkte in die Haushaltspolitik der Euroländer erneut schwächen.